Stadt Kamen

Niederschrift

über die 3. Sitzung
des Rates
am Donnerstag, dem 8. Juni 2000
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 17:15 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD
Frau Bartosch
Herr Behrens
Frau Ciecior
Frau Dyduch
Herr Eckardt
Herr Etzold
Frau Filthaut
Frau Gube
Frau Hartig
Herr Henning
Herr Hupe
Frau Jung
Herr Kaminski
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Madeja
Herr Müller
Frau Müller
Herr Rickwärtz-Naujokat
Herr Skodd
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU
Herr Ebbinghaus
Herr Eisenhardt
Frau Gerdes
Herr Hasler
Herr Hitz
Frau Jacobsmeier
Herr Kissing
Herr Klein
Herr Kloß
Herr Lehmann
Frau Middendorf
Herr Plümpe
Frau Scharrenbach
Herr Schneider

Herr Weber
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Brinkmann
Frau Bucek
Herr Kühnapfel
Frau Schneider

Ratsmitglieder F.D.P.
Herr Bremmer
Herr Nieme

Verwaltung
Herr Baudrexl
Herr Brüggemann
Herr Erdtmann
Herr Flaskamp
Frau Schwenzner
Herr Tost

entschuldigt fehlten
Herr Drescher

Herr Bürgermeister **Erdtmann** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Überplanmäßige Ausgaben im I. Quartal 2000	94/2000
2.	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Sanierung der Deckenkonstruktion der Sporthalle am Koppelteich	81/2000
3.	Beteiligung der Stadt Kamen an der Werkstatt Unna	122/2000
4.	Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 1999	113/2000
5.	Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.1999	119/2000
6.	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH	120/2000

7.	Neuaufstellung des GEP - Teilabschnitt Dortmund - Kreis Unna - Hamm hier: Antrag der CDU-Fraktion	
8.	Einrichtung einer kleinen Sportstättenkommission hier: Antrag der CDU-Fraktion	123/2000
9.	Eindämmung der von Kampfhunden ausgehenden Gefahren; hier: Antrag der CDU-Fraktion	118/2000
10.	Prüfung des Bedarfs für die Einrichtung eines Tierfriedhofs hier: Antrag der F.D.P.-Fraktion	121/2000
11.	Einwohnerfragestunde	
12.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Vorschlagsliste für die Wahl der Hauptschöffen für die Amtsperiode 2001 bis 2004	106/2000
2.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

94/2000 Überplanmäßige Ausgaben im I. Quartal 2000

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 2.

81/2000 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Sanierung der Deckenkonstruktion der Sporthalle am Koppelteich

Beschluss:

Die nachfolgende gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 2 Satz 3 GO NW genehmigt:

Für die Sanierung der Deckenkonstruktion der Sporthalle am Koppelteich werden außerplanmäßig 250.000,00 DM bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

122/2000 Beteiligung der Stadt Kamen an der Werkstatt Unna

Beschluss:

1. Der Beschluss des Rates der Stadt Kamen vom 10.12.1998 (Vorlagen-Nr. 387/98) wird dahingehend abgeändert, dass die Verwaltung ermächtigt wird, mit der Werkstatt Unna GmbH und dem Werkstatt Unna e.V. den in der Anlage beigefügten unbefristeten, aber mit einer halbjährlichen Kündigungsfrist zum Jahresende versehenen, Vertrag zu schließen.

2. Vor Ablauf der Kündigungsfrist wird im Fachausschuss über die abgelaufene Periode und die voraussichtlichen künftigen Entwicklungen, insbesondere über die Anzahl der Teilnehmer aus Kamen und über die voraussichtlichen finanziellen Entwicklungen des kommenden Jahres berichtet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

113/2000 Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 1999

Herr **Hupe** unterstrich, dass die mit der Gründung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung verbundenen Ziele erreicht worden seien. Zu nennen sei die Erfassung der buchmäßigen Werte des Kanalvermögens und die

daraus resultierende Perspektive für die Frage der Kreditierung im damaligen städt. Haushalt und die damit verbundene Übertragung. Ferner die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf eine klare Trennung bei der Abrechnung des Gesamtgebührenhaushaltes. Weiteres Ziel sei eine kalkulatorische Grundlage gewesen, die es ermögliche, die entsprechenden Aufkommen bürgerorientiert so zu verwalten, dass Ergebnisse im Interesse der Gebührenzahler genutzt werden können. Im Einzelnen habe sich gezeigt, dass die Entwicklung überaus positiv sei. Heute könne festgestellt werden, dass die damals festgestellte buchmäßige Wertorientierung angemessen gewesen sei. In den beiden letzten Jahren konnten Überschüsse erwirtschaftet werden, wozu sicherlich auch der günstige Kapitalmarkt beigetragen habe. Das Ergebnis, so Herr Hupe weiter, biete eine Perspektive nach vorn. Insbesondere an der Stelle, wo es gelinge, Überschüsse so einzusetzen, dass sie im Wege des Vortrages und der Rücklagenbildung nicht nur das Unternehmen stärken, sondern auch die Chance bieten, Investitionen, die im Rahmen der Lippeverbandsumlage auf die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger zukämen so zu tätigen, dass Verstetigungen in der Gebührenkalkulation möglich sind, möglich waren und auch künftig möglich sein werden. Herr Hupe betonte abschließend, dass die SPD-Fraktion sehr froh über diese Gesamtentwicklung sei, die noch Spielräume zulasse. Die SPD-Fraktion danke dem Werkleiter und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit.

Herr **Kissing** legte dar, dass mit der Gründung des Eigenbetriebes auch die Zielsetzung von mehr unternehmerischer Selbständigkeit und mehr Eigenverantwortung verbunden war. Der Jahresabschluss und der Lagebericht zeigten, dass dieses Ziel erreicht sei. Gelungen sei ferner, eine klare Abgrenzung zum kommunalen Haushalt zu schaffen. Im Bereich Abwasser seien im kommunalen Haushalt nur wenig Kennzahlen vorhanden gewesen. Nunmehr existiere ein umfangreicher Bericht mit sorgfältigen Analysen. Durch die Übertragung des Sondervermögens werde die Eigenständigkeit auch räumlich dokumentiert. Herr Kissing führte weiter aus, dass der Eigenbetrieb im Jahre 1999 auch eine imposante Bauleistung erbracht habe und zitierte die entsprechenden Zahlen aus dem vorliegenden Bericht. Zur Verdeutlichung des erfolgreichen Jahresabschlusses wies Herr Kissing auf die gestiegene Eigenkapitalsquote und die Rückführung der Verschuldung hin. Dies sei möglich gewesen, obwohl die Situation zu 40 % fremdbestimmt sei durch die Verbandsbeiträge an den Lippeverband. Seitens der CDU-Fraktion dankte Herr Kissing den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Eigenbetriebes für die geleistete Arbeit.

Für die F.D.P.-Fraktion schloss sich Herr **Bremmer** dem Dank an.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Kamen stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31.12.1999 in der vorliegenden Form fest.

2. Der Jahresgewinn 1999 von 1.442.178,73 DM wird in Höhe von 818.744,37 DM der Allgemeinen Rücklage zugeführt und der verbleibende Überschuss von 623.434,36 DM auf das Wirtschaftsjahr 2000 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

119/2000 Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.1999

Beschluss:

Der Vertreter des Rates der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend angeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.1999 wird in der vorgelegten Form festgestellt.

2. Der Lagebericht wird genehmigt.

3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 292.509,44 DM ist durch die Stadt Kamen ausgeglichen worden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Erdtmann** übergab die Sitzungsleitung an Herr Stahlhut.

Zu TOP 6.

120/2000 Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH

Folgende Mitglieder des Rates nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil:

Frau Lungenhausen, Frau Jung, Frau Middendorf, Herr Henning, Herr Rickwärtz-Naujokat, Herr Kissing sowie Herr Bürgermeister Erdtmann

Beschluss:

Der Vertreter des Rates der Stadt Kamen wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend angeführt abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung werden gem. § 13 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Stahlhut** übergab die Sitzungsleitung an Herrn Erdtmann. .

Zu TOP 7.

Neuaufstellung des GEP - Teilabschnitt Dortmund - Kreis Unna - Hamm
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Baudrexl** verwies auf seine Ausführungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.06.2000. Die Bezirksregierung habe die Neuaufstellung des GEP Teilabschnitt Dortmund – Kreis Unna – Hamm mit einem zunächst engen Zeitrahmen angekündigt. Wie inzwischen von der Bezirksregierung zu erfahren gewesen sei, könne dieser Zeitplan aus hausinternen Gründen nicht eingehalten werden. Es werde noch überlegt,

ob Einzelgespräche stattfinden oder eine Auftaktveranstaltung für alle betroffenen Städte und Gemeinden durchgeführt werden solle. Das konkrete Verfahren werde voraussichtlich erst nach der Sommerpause bekannt sein.

Herr **Behrens** betonte, dass für ihn die Sinnhaftigkeit, diesen Antrag im Rat einzubringen, nicht zu erkennen sei. Im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes werde auch die Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes berücksichtigt. Darüber hinaus seien bisher auch alle Fraktionen umfassend über alle Prozesse informiert worden.

Über den Informationsstand der CDU-Fraktion könne Herr Behrens keine Aussage machen, wandte Herr **Kissing** ein. Der Antrag habe sich zudem mit der Beschlussvorlage für den Planungs- und Umweltausschuss über die Fortschreibung bzw. Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes überschnitten. Bei einer umfassenderen und zeitgerechteren Information durch die Verwaltung wäre der Antrag nicht gestellt worden.

Herr **Baudrexl** stellte abschließend richtig, dass die beabsichtigte Änderung des Gebietsentwicklungsplanes umgehend nach Bekanntwerden in der Sitzung des Rates am 30.03.2000 mitgeteilt worden sei. Gleichzeitig sei auch über die geplante Fortschreibung des Flächennutzungsplanes informiert worden. Eine schnellere Information sei nicht möglich.

Zu TOP 8.

123/2000 Einrichtung einer kleinen Sportstättenkommission
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Flaskamp** legte dar, dass die Verwaltung für die Einrichtung einer kleinen Sportstättenkommission keine Notwendigkeit sehe. Sie stehe ständig in Gesprächen mit den Sportvereinen und sei bemüht, vorgetragene Mängel sofort abzustellen. Angelegenheiten von größerer Relevanz würden selbstverständlich im Schul- und Sportausschuss eingebracht. Darüber hinaus existiere ein Sportstättenbedarfsplan, der zu gegebener Zeit durch Beschluss des Ausschusses fortgeschrieben werde. Außerdem gehöre der Vorsitzende des Stadtsportverbandes als Bindeglied zwischen Sportvereinen und Verwaltung dem Schul- und Sportausschuss an.

Die CDU-Fraktion bedauere die ablehnende Haltung der Verwaltung, sagte Frau **Scharrenbach**. Die Ablehnung sei insofern nicht nachvollziehbar, als die Sportler die größte gesellschaftlich aktive Gruppe in Kamen darstellten. Hier könne Politik näher an die Bürgerschaft herangetragen werden, ähnlich wie im Verfahren zum Flächennutzungsplan.

Herr **Erdtmann** stellte für die Verwaltung fest, dass die Anträge der Fraktionen nicht zu vergleichen seien.

Herr **Lipinski** bestätigte, dass auch nach Auffassung der SPD-Fraktion die Anträge unter völlig verschiedenen Aspekten zu beurteilen seien. Zu bedenken sei, dass der neue Rat eine Reduzierung der Anzahl von Ausschüssen angestrebt und auch beschlossen habe. Dieser Beschluss sei von allen Fraktionen mitgetragen worden. Durch die Zusammenlegung des Schul- sowie des Sport- und Freizeitausschusses seien gerade engagierte, sachkundige Bürger betroffen gewesen. Da mit der Einrichtung einer kleinen Sportstättenkommission indirekt der Sportausschuss wieder eingeführt würde, könne dem Antrag schon allein aus diesem Grunde nicht zugestimmt werden. Die Einrichtung einer kleinen Kommission

könne möglicherweise auch dazu führen, dass bestimmte Informationen in diesem kleinen Kreis verblieben.

Die Einrichtung einer kleinen Sportstättenkommission stehe nicht im Konsens mit den Haushaltsplanberatungen, führte Herr **Brinkmann** aus. Ein Erfordernis werde ebenfalls nicht gesehen, da allein durch die große Anzahl der Mitglieder des Schul- und Sportausschusses fast alle Sportvereine vertreten sein dürften. Wichtiger als die Begehung der Sportstätten sei eine Begehung der Schulen.

Herr **Hupe** bat zu unterscheiden, dass im Bereich der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes eine Struktur für die Bürgerbeteiligung neu zu schaffen gewesen sei, wobei diese Strukturen im Bereich des Sportes in bewährter Form seit langem vorhanden seien. Bürgernähe sei in beiden Fällen gewünscht.

Herr **Weigel** teilte nicht die Auffassung von Herrn Hupe, dass seitens der Vereine die Nähe zur Verwaltung als ausreichend beurteilt werde, da in Gesprächen mit den Vereinen der Vorschlag der CDU-Fraktion positiv gewertet worden sei.

Weiterhin bezweifelte Herr Weigel nicht das Engagement und die Kompetenz der Verwaltung. Dennoch sollten erhebliche Mängel, z.B. massive Verschmutzungen an der Koppelteich-Sporthalle, defekte Duschen und der desolate Zustand der Decke, Anlass geben darüber nachzudenken, ob nicht eine nähere Anbindung der Vereine an die Verwaltung bestehen sollte.

Abschließend sprach Herr Weigel den runden Tisch bei der TG Heeren zu Beginn dieses Jahres an. Ein Großteil der dort vorgetragenen Mängel seien Herrn Flaskamp nicht bekannt gewesen. Auf seine Nachfrage hin habe er erfahren können, dass die Mängel überwiegend abgestellt seien. Die Einrichtung einer kleinen Sportstättenkommission könne somit für alle Beteiligten nur positiv sein.

Herr **Flaskamp** entgegnete, dass Graffiti-Verschmutzungen leider nicht nur an der Koppelteich-Sporthalle, sondern auch an vielen anderen Gebäuden festzustellen seien. Eine Nutzungsbeeinträchtigung ergebe sich hierdurch nicht. Defekte Duschen würden umgehend repariert. Für die Deckensanierung sei beim Tagesordnungspunkt 2 die Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe beschlossen worden. Wenn die TG Heeren Mängel gemeldet hätte, dann wäre auch hier früher reagiert worden. Die TG Heeren habe aber den Weg gewählt, Mängel erst am runden Tisch vorzutragen. Es sei auch deutlich gemacht worden, dass dies nicht der einzig richtige Weg sei. Herr Flaskamp wies auf die Vielzahl von Terminen bei den Sportvereinen vor Ort hin, die er mit Mitarbeitern des zuständigen Fachbereichs wahrnehme. Diese Aufgabe könne eine Kommission schon aus Zeitgründen nicht übernehmen.

Bei der TG Heeren sei auch die Aussage “politischer Druck ist notwendig“ gemacht worden, sagte Herr **Weigel**. Im Übrigen würden durch die Reduzierung der Hausmeisterstellen kleine Reparaturen nicht mehr so schnell ausgeführt, die wiederum größeren Schäden entgegen gewirkt hätten.

Herr **Flaskamp** stellte richtig, dass das Zitat in Zusammenhang mit Investitionen gefallen sei, als deutlich gemacht worden sei, dass aufgrund der Haushaltssituation nicht alle Vorschläge der Vereine so erfüllt werden können, wie es vielleicht wünschenswert wäre. Hier sei von den Vereins-

vertretern geäußert worden, dass sie den politischen Druck möchten.

Herr **Hasler** bat, die ablehnende Haltung noch einmal zu überdenken, da für die CDU die Ablehnung eine Brüskierung der Sportler sei. Der Antrag sei das Ergebnis eines Bürgerforums der CDU, bei dem viele Sportler vertreten waren, und sei auf ausdrücklichen Wunsch dort entwickelt worden. Die CDU-Fraktion werde nicht nachlassen, die Interessen der Sportler zu vertreten. Seine Fraktion werde überlegen, innerhalb der CDU-Fraktion in einem Arbeitskreis diese Gespräche, wie bereits vor 5 Jahren, zu führen. Bei der ersten Begehung sei dann allerdings der Zutritt zur Sporthalle verweigert worden. Danach sei die Entscheidung, dass der Sport- und Freizeitausschuss reise, getroffen worden.

Auf die von Herrn Weigel aufgezeigten Mängel an der Koppelteich-Sporthalle eingehend erklärte Herr **Kaminski**, dass er seit Jahren in vielen Hallen selbst Sport treibe und gerade zur Koppelteich-Sporthalle feststellen könne, dass Mängel schnell behoben worden seien. Ansprechpartner seien der Hausmeister und die Verwaltung.

Als damaliger Ausschussvorsitzender legte Herr Kaminski weiter dar, dass die Begehung der Sportstätten als Aufgabe des Sport- und Freizeitausschusses, gerade auch im Hinblick auf die neuen Mitglieder, angesehen worden und in Absprache mit dem Vorsitzenden des Stadtsportverbandes auch geschehen sei.

Frau **Dyduch** betonte, dass sicherlich alle Fraktionen über das vielfältige Vereinsleben in den unterschiedlichsten Sportarten in Kamen erfreut seien. Die Unterstützung der Vereine, die ihnen auch selbstverständlich zustehe, solle auch selbstverständlich fortgesetzt werden. Dennoch müsse im Zuge der Sparmaßnahmen auf Verhältnismäßigkeit gesetzt werden. Durch die bisherige gute Arbeit erübrige sich aber die Einrichtung einer zusätzlichen Kommission.

Als Teilnehmerin bei dem Gespräch mit der TG Heeren stellte Frau **Lungenhausen** klar, dass der Verein durchaus Verbindung zu den Ratsmitgliedern in Heeren pflege. Dies funktioniere gut. Insgesamt gesehen sei das Gespräch in Heeren sehr positiv verlaufen.

Herr **Lipinski** unterstrich, dass sich niemand einen schlechten Kontakt zu den Vereinen wünsche. Bei der Bereisung der Sportstätten werde aber nicht gleichzeitig der Kontakt zu den Vereinen hergestellt, da die Sportstätten zum Teil von sehr vielen Vereinen genutzt würden. Der persönliche Kontakt als Politiker sei dem einer offiziellen Kommission vorzuziehen, bei deren Besuch die Vereinsvertreter zur Teilnahme aufgefordert würden.

Da die in der Vergangenheit durchgeführte Begehung der Sportstätten durch den Sport- und Freizeitausschuss als positiv angesehen werde, stellte Herr **Eisenhardt** in Frage, wie die Nähe zu den Vereinen und Sportstätten seitens der Parlamentarier ohne eine Kommission zukünftig bestehen bleiben könne. Überdies sei die Einrichtung einer kleinen Kommission preiswerter als die Bereisung durch einen gesamten Ausschuss. Es gehe auch nicht um kleine Mängelfeststellungen, sondern um grundsätzliche Angelegenheiten, z.B. Modernisierungsmaßnahmen.

Herr **Hasler** führte aus, dass der Sport- und Freizeitausschuss bei seinen Besuchen der Sportstätten in der Regel neben den Vertretern der Verwaltung nur den Hausmeister angetroffen und Auskunft erhalten habe. Bei

den vereinseigenen Anlagen seien Vereinsvertreter anwesend gewesen, so dass die Gespräche auch inhaltsreicher gewesen seien. Diese Besuche würden von den Vereinsvertretern begrüßt und nicht als Belastung empfunden.

Es stelle sich die Frage, so Frau **Schneider**, ob um die Einrichtung einer Sportstättenkommission diskutiert werde oder ob es um die Frage gehe, welche Fraktion die größere Lobby für den Sport in Kamen habe. Wesentlich sei doch die Feststellung, dass durch die Kommission der Sportausschuss wieder eingeführt werde.

Herr **Bremmer** war der Auffassung, dass bei Defiziten in den Sportstätten und Schulen Mängel und Anregungen von den jeweiligen Sicherheitsbeauftragten gemeldet werden sollten. Verbesserungen seien möglich. Seines Wissens nach sei auch das Gespräch bei der TG Heeren nicht so positiv verlaufen, wie Frau Lungenhausen es darstelle. Allerdings bezweifele seine Fraktion, dass durch eine Kommission eine größere Bürgernähe hergestellt werden könne.

Es sei nicht Aufgabe einer Kommission, mit allen Vereinen Probleme zu erörtern, sagte Herr **Kaminski**. Der Stadtsportverband als Interessenvertreter der Sportvereine werde hierdurch ausgehebelt. Intention des Sport- und Freizeitausschusses für die Bereisung sei auch der Sportstättenbericht gewesen. Dieser werde zu gegebener Zeit fortzuschreiben sein. Hierzu könne auch die kleine Kommission wenig beitragen. Wenn Herr Hasler die Besuche abqualifiziere und lediglich auf die Anwesenheit der Hausmeister abstelle, so dürfte er bei einer Reihe von Veranstaltungen nicht anwesend gewesen sein. Mittelpunkt waren nicht die Hausmeistergespräche. Durch die Sachkompetenz der Verwaltung seien umfassende Informationen gegeben worden.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer kleinen Sportstättenkommission wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 9.

118/2000 Eindämmung der von Kampfhunden ausgehenden Gefahren;
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Intention für die Antragstellung, führte Herr **Hasler** aus, sei die Beschäftigung des Rates mit dieser Thematik gewesen. Für seine Fraktion sei wichtig, nach Möglichkeit eine kreiseinheitliche Regelung anzustreben. Die Erhöhung der Hundesteuer sei nicht gefordert worden, sondern nur als Möglichkeit in Betracht gezogen worden. Die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Herr **Hupe** stimmte darin überein, dass der Schutz der Bevölkerung vorrangiges Interesse habe. Andererseits sei Tierliebe etwas Positives und insofern seien auch die Hundehalter in erster Linie Partner. Um nicht bereits im Vorfeld Konfrontation entstehen zu lassen, bat Herr Hupe die Verwaltung, mit den entsprechenden Vereinen, Verbänden und interessierten Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten und diese an der Diskussion zu beteiligen.

Herr **Bremmer** bat die Verwaltung, ebenfalls die Möglichkeit eines sogenannten “Hundeführerscheins“ zu überprüfen. Seitens der F.D.P.-Fraktion werde begrüßt, dass nicht grundsätzlich von einer Erhöhung der Hundesteuer ausgegangen werde.

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN schloss Frau **Schneider** eine Erhöhung der Hundesteuer nicht aus. Ebenso solle der “Hundeführerschein“ eingeführt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Information des Rates und der Öffentlichkeit die aktuelle Rechtslage über die Hundehaltung zusammenzustellen und zusätzliche Regelungen, soweit sie durch kommunales Satzungsrecht nach Analyse ortsspezifischer Gesichtspunkte enger zu fassen sind, in einer der nächsten Sitzungen des Rates zur Beschlussfassung vorzulegen.
Mit Priorität ist eine kreiseinheitliche Regelung anzustreben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.

121/2000 Prüfung des Bedarfs für die Einrichtung eines Tierfriedhofs
hier: Antrag der F.D.P.-Fraktion

Herr **Bremmer** erläuterte, dass aus der Bevölkerung der Wunsch an die F.D.P.-Fraktion herangetragen worden sei, den Bedarf für die Einrichtung eines Tierfriedhofes prüfen zu lassen. Dies sei sicherlich vor dem Hintergrund geschehen, dass in der Nachbarstadt Dortmund bereits ein zweiter Tierfriedhof eingerichtet worden ist. Bei der Antragstellung sei seine Fraktion von falschen rechtlichen Vorstellungen ausgegangen. Nachdem nunmehr die rechtliche Seite bekannt sei, begrüße seine Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung und werde abwarten, ob nach der Information weiterhin der Wunsch aus der Bevölkerung nach einem Tierfriedhof besteht.

Beschluss:

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 26.05.2000 ist in seiner zentralen Frage mit Blick auf die rechtlichen Rahmenbedingungen obsolet und wird gegenwärtig zurückgewiesen.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über die Zulässigkeit des Vergrabens von Haustieren auf Privat- und Mietgrundstücken informiert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

Einwohnerfragestunde

Anfragen an die Verwaltung von anwesenden Einwohnerinnen oder Einwohnern wurden nicht gestellt.

Zu TOP 12.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen

1. Herr **Hasler** fragte im Hinblick auf die Diskussionen zu budgetierten Haushalten und die anstehenden Haushaltsplanberatungen an, von welchem Haushalt für die Stadt Kamen für das Haushaltsjahr 2001 auszugehen sei.

   Herr **Baudrexl** antwortete, dass sich vorrangig die Frage nach einem ausgeglichenen Haushalt stelle. Der Jahresabschluss 1999 gebe berechtigte Hoffnungen, diesen auch erreichen zu können. Das Haushaltsjahr 2000 entwickele sich bisher positiv. Negative Änderungen seien jedoch nicht auszuschließen. Herr Baudrexl sprach die Senkung der Kreisumlage, die leichten Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen und die Entwicklung der Gewerbesteuer an. Sorge bereite allerdings die Steuerschätzung bei dem Anteil an der Einkommensteuer. Hier seien wieder Mindereinnahmen zu erwarten. In den nächsten Jahren sei entgegen der Finanzplanung möglicherweise mit einem drastischen Rückgang zu rechnen.

   Die Frage, ob der Haushalt 2001 ein budgetorientierter Haushalt sein werde, könne noch nicht beantwortet werden. Die Verwaltung habe nie Hehl daraus gemacht, dass der budgetorientierte Haushalt nur ansatzweise Vorteile bringe. Zum Anderen werde derzeit die Beschaffung einer neuen Software für den gesamten Bereich des Haushaltswesens angestrebt. Ein abschließendes Ergebnis liege noch nicht vor. Entscheidend sei ferner, dass in den Bundesländern Diskussionen um ein neues Haushaltswesen geführt werden. Die Innenministerkonferenz habe eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Auf Länderebene gebe es sehr unterschiedliche Sichtweisen. In Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt tendiere man deutlich zu einem kaufmännischen Rechnungswesen. Es bestünden auch unterschiedliche Pilotprojekte. Herr Baudrexl war der Auffassung, dass es in Nordrhein-Westfalen ein doppisches Rechnungswesen geben werde. Dies werde angelehnt an das Handelsrecht auf die öffentlichen Belange zugeschnitten sein. Zur Zeit stelle sich die Frage nach dem voraussichtlichen Kontenrahmen und den Vorbereitungsmöglichkeiten, z.B. Schulung von Mitarbeitern, Vermögensbewertung. Vor diesem Hintergrund sei fraglich, ob die Aufstellung eines budgetorientierten Haushalt noch Sinn mache. Der hausinternen Diskussion solle aber nicht vorweg gegriffen werden.

   Herr **Hasler** zeigte sich verwundert, dass angesichts der Information zum Haushalt 2000 keine Mitteilung der Verwaltung vorlag.

   Herr **Baudrexl** betonte, dass er die Zahlen selbst gerade erst erhalten und eine schnelle Analyse vorgenommen habe. Eine sorgfältige Analyse durch den zuständigen Fachbereich habe im Hinblick auf die Aktualität der Unterlagen noch nicht durchgeführt werden können.

2. Herr **Kühnapfel** bezog sich auf einen Presseartikel der Ortsheimatpfleger, in dem massive Kritik über den Abbruch des Hofes “Von der Heide“ und den Umgang mit dem Denkmalschutz geäußert worden sei. Es sei der Eindruck entstanden, als ob auch die Denkmalbehörde diese Auffassung vertrete. Herr Kühnapfel bat um Mitteilung, wie die Stadt Kamen zu dieser Kritik stehe.

   Herr **Baudrexl** wies die Annahme, dass der Landschaftsverband oder der Landeskonservator Position bezögen, als unzutreffend zurück. Fakt sei, dass die Verwaltung im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes im Planungs- und Umweltausschuss nähere Angaben zu dem Gebäude gemacht habe. Der Bauernhof sei in der Inventarliste eingetragen, stehe aber nicht unter Denkmalschutz. Der Landschaftsverband sei schriftlich über die Planungsabsichten informiert worden. Der Landschaftsverband habe seinerzeit die Auffassung der Stadt schriftlich bestätigt. Diese Stellungnahme sei mit dem sachverständigen Bürger im Planungs- und Umweltausschuss eindeutig diskutiert worden. Ein neuer Sachstand liege nicht vor.

   Ihn irritiere allerdings, so Herr Baudrexl weiter, dass das Schreiben der Interessengemeinschaft Bauernhaus e.V. an den Landeskonservator offensichtlich von einem Ratsmitglied veranlasst worden sei, obwohl der Sachverhalt im Planungs- und Umweltausschuss dargestellt worden sei. Ferner seien auch Protokolle über die Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses und der Kommission für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften weitergegeben worden. Darüber hinaus seien weitere Objekte in Kamen, z.B. Markt 22, angegeben worden. Die Berichterstattung in den Medien irritiere natürlich auch den Investor.

3. Herr **Behrens** sprach die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) an und fragte an, ob die Stadt Kamen verpflichtet sei, Informationen im Sinne der FFH-Richtlinie bekannt zu machen und falls ja, ob dieser Verpflichtung nachgekommen worden sei.

   Herr **Baudrexl** sagte eine entsprechende Überprüfung zu.

4. Die Frage von Herrn **Plümpe,** ob die Reparaturarbeiten an der Fußgängerbrücke im Bereich Schöner Fleck/Gerhardtstraße beendet worden seien, wurde von Herrn **Flaskamp** bejaht.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Erdtmann
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer